

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 19.03.2014

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Jens Holzrichter FDP

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Peter Biernadzki	Parteilos	ab 17:00 Uhr
Ratsherr Otto Bodenheimer	Bündnis 90/Die	
Grünen		
Ratsherr Gordan Dudas MdL	SPD	
Ratsherr Fabian Ferber	SPD	
Ratsfrau Christel Gabler	CDU	ab 17:22 Uhr
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsfrau Sandra Manß	SPD	
Ratsfrau Britta Rogalske	CDU	
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	
Ratsherr Dietmar Skowasch-Wiers	DIE LINKE	ab 16.30 Uhr
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU	
Ratsherr Rüdiger Wilde	CDU	Vertreter für Ratsherrn Heinz-Rüdiger Ochel; ab 17:00 Uhr
Frau Karin Löhr	SPD	
Herr Dominik Petereit	FDP	ab 17:00 Uhr

Verwaltung:

Bürgermeister Dieter Dzewas Teilnahme an der
Ortsbesichtigung in der
Phänomenta

Herr Martin Bärwolf
Herr Hans-Jürgen Badziura
Herr Frank Kusmirtz
Herr Dieter Rotter
Herr Edgar Weinert
Herr Andreas Beckmann
Herr Peter Dilks
Herr Christian Hayer
Herr Frank Reinshagen
Frau Tanja Schardt
Herr Ralf Ziomkowski

Schriftführung:

Frau Birgit Stoltefaut

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Heinz-Rüdiger Ochel CDU

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Thomas Funk Fraktionslos
Herr Martin Kornau Fraktionslos

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Herr Ismail Yaman Liste der SPD

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:55 Uhr

Vorsitzender Holzrichter begrüßt die Anwesenden um 16.00 Uhr zur Ortsbesichtigung vor der Phänomenta. Er bedankt sich bei Herrn Kuschmirtz und Herrn Beckmann für die Möglichkeit, sich persönlich vor Ort einen Eindruck über den Baufortschritt der Phänomenta, des Pendels und des Technikzentrums machen zu können. Er bittet Herrn Beckmann um Vortrag.

Herr Beckmann führt die Anwesenden durch die Räumlichkeiten und die Baustelle und erläutert jeweils die Historie, den aktuellen Baufortschritt und die nach Fertigstellung vorgesehene Nutzung. Darüber hinaus zeigt er von der Außenterrasse aus den Neubau des Pendelraumes. Er betont, dass der Pendelraum zwischenzeitlich bis oben hin eingeschalt sei und der Beton in der nächsten Woche gegossen werde. Ziel sei es, den Rohbau bis Mitte April 2014 fertig zu stellen. Die Submissionen für Stahlbau und Membrane liefen zwischen Juni 2014 und August 2014. Es sei vorgesehen, die 30 m hohe Pendelkonstruktion in der Zeit von August 2014 bis September 2014 einzubauen. Die Gesamtmaßnahme sei in 7 Bauabschnitte unterteilt. Derzeit befinde sich die Maßnahme auch aufgrund der milden Wintermonate im 4. – 5. Bauabschnitt.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die ausführlichen Einblicke in den derzeitigen Aus- und Umbaustand der Phänomenta.

Vorsitzender Holzrichter begrüßt die Anwesenden um 17.00 Uhr zur ordentlichen öffentlichen Sitzung im Ratssaal des Rathauses. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen worden sei. Änderungswünsche zur öffentlichen Tagesordnung liegen nicht vor. Vorsitzender Holzrichter stellt diese in der vorliegenden Form fest und eröffnet die öffentliche Sitzung.

1. Öffentliche Fragestunde

Entfällt

2. Benennung einer Wegeverbindung zwischen der Lessingstraße und der Herderstraße mit der Bezeichnung "Ruth-Tannenzapf-Weg"
Vorlage: 009/2014

Ratsherr Dudas begrüßt, dass die Straße ohne Namen nun aufgrund eines Vorschlages aus der Bevölkerung einen Namen erhalten solle. Derartige Aktivitäten aus der Bevölkerung müssten unterstützt und vor allen Dingen entsprechend gewürdigt werden. Zudem könne die enge Verbindung zur Knapper Schule nicht in Abrede gestellt werden.

Ratsherr Ferber ergänzt, dass zum einen eine Gedenktafel in der Knapper Schule an die Schulzeit der Schülerin erinnere. Zum anderen sei es ein Vorschlag der jetzigen Schülerinnen und Schüler der Knapper Schule, der mit Hilfe eines Erwachsenen als Antrag gestellt worden sei.

Ratsherr Wakup regt an, einen anderen Namen für die Straße ohne Namen zu suchen, da diese Straße zu wenig bevölkert sei und somit zu wenig Bedeutung habe. Zudem passe in diesen Bereich eher ein Dichter als Straßename in Anlehnung an die benachbarten Lessing- und Herderstraße. Er beantragt daher, die Straße ohne Namen in „Lausbergweg bzw. –straße“ zu benennen.

Nach kurzer Diskussion fassen die Ausschussmitglieder folgenden

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder lehnen den Antrag des Ratsherrn Wakup, die Wegeverbindung zwischen der Lessingstraße und der Herderstraße in „Lansbergweg“ zu benennen, mit Stimmenmehrheit ab.

Die Ausschussmitglieder empfehlen dem Rat der Stadt Lüdenscheid mit Stimmenmehrheit bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung, die Wegeverbindung zwischen der Lessingstraße und der Herderstraße in „Ruth-Tannenzapf-Weg“ zu benennen.

Abstimmungsergebnis zum Antrag des Ratsherrn Wakup:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	11
Enthaltungen:	./.

Abstimmungsergebnis zum Beschlussvorschlag der Beschlussvorlage:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	3

Enthaltungen: 1

3. Dauerpark-Versuch an der Bahnhofsallee
Vorlage: 017/2014

Auf Nachfrage von Ratsherrn Biernadzki erläutert Herr Rotter, dass es sich um ca. 50 Stellplätze an der Bahnhofsallee hinter den Zufahrten zum DIAL und zur Fachhochschule handele. Es gebe keine fest zugeordneten Plätze, so dass diese auch weiterhin für die Bevölkerung mit Parkscheinen der vorhandenen Automaten nutzbar seien.

Vorsitzender Holzrichter betont, dass es sich um einen Versuch handele, der bis zur vollständigen Bebauung des Areals vorgesehen sei. Entsprechende Kündigungsklauseln seien in den Mietverträgen vorgesehen.

Ohne weitere Diskussion stimmen die Ausschussmitglieder dem Vorschlag der Verwaltung zu. Sie fassen einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

4. Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Erhebung von Kostenersatz für den Einsatz der Feuerwehr
Vorlage: 035/2014

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Frau Schardt und Herrn Reinshagen vom Fachdienst Feuer- und Rettungswache. Er führt aus, dass ihm eine Gegenüberstellung der alten und neuen Preise vorliege und diese bei Bedarf verteilt werden könne. Die Ausschussmitglieder verzichten darauf.

Ohne Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Rat der Stadt Lüdenscheid folgenden

Beschluss:

Die „Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Erhebung von Kostenersatz für den Einsatz der Feuerwehr“ wird in der als Anlage beigefügten Form erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

5. Abbau von Telefonstandorten **Vorlage: 040/2014**

Ratsherr Ferber führt aus, dass ihm bekannt sei, dass die Telekom ihre Telefonzellen andernorts mit sog. „Hotspots“ ausgestattet habe. Er fragt an, ob in Lüdenscheid hierüber auch nachgedacht worden sei.

Herr Rotter antwortet, dass dieses bisher kein Thema seitens der Telekom gewesen sei. Er sagt zu, mit der Telekom zu klären, ob die restlichen Telefonzellen mit „Hotspots“ ausgestattet werden könnten. Sobald hierzu ein neuer Sachstand vorhanden sei, werde er die Ausschussmitglieder zeitnah informieren.

Ohne Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

6. Umsetzung der Parkgebührenordnung **Vorlage: 044/2014**

Auf Nachfrage von Ratsherrn Dudas erläutert Herr Rotter, dass der Übergangszeitraum bis Jahresende 2014 vorgesehen sei. In dieser Zeit sei sowohl die alte als auch die neue Regelung gültig. Bisher sei noch keine abschließende rechtliche Prüfung erfolgt, wie ggf. Ahndungen von Fehlverhalten durchzuführen seien. Es sei jedoch eine großzügige Auslegung für die Bevölkerung vorgesehen.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Biernadzki führt Herr Rotter aus, dass der sog. universelle Parkschein bereits seit 01.01.2014 weggefallen sei.

Ohne weitere Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

7. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

Entfällt

8. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

8.1. Bekanntgaben

8.1.1. Aktueller Sachstand zur Verkehrssicherungspflicht im Rathaustunnel Lüdenscheid

Herr Rotter teilt mit, dass bis Mitte Februar 2014 die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden konnten, um die Verkehrssicherungspflicht für den Rathaustunnel zum 01.03.2014 an den Landesbetrieb Straßen NRW übertragen zu können. Weitere Maßnahmen seien nun noch zwischen dem Landesbetrieb Straßen NRW und der Stadt Lüdenscheid zu besprechen. Die erforderlichen Maßnahmen für das Jahr 2014 seien bereits vereinbart. Für die Jahre 2015/2016 müsse dies nun erfolgen, um die erforderlichen Haushaltsmittel entsprechend bereitstellen zu können. Sobald hier ein konkreter Sachstand vorhanden sei, würden die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses zuständigkeitshalber zeitnah informiert.

8.1.2. Fußläufige Querung der Parkstraße im Bereich des Frankenplatzes

Herr Hayer führt aus, dass sich der Fachdienst Stadtplanung und Verkehr aufgrund einer Bürgeranfrage mit der Frage der fußläufigen Querungsmöglichkeiten der Parkstraße im Bereich des Frankenplatzes beschäftigt habe. Das zentrale Augenmerk sei hierbei auf die fußläufige Erreichbarkeit der Bushaltestellen „Frankenplatz“ gelegt worden. Um diese zu

erreichen, müssten Fußgänger, die aus dem Bereich der Westfalenstraße kommen, die Parkstraße entweder zwischen Friesenstraße und Sachsenstraße oder über den Arm der Parkstraße queren, welcher in Richtung Weststraße führe.

Eine Verbesserung der fußläufigen Querung sei durch folgende bauliche Maßnahmen denkbar:

1. Bau einer Lichtsignalanlage
2. Einrichtung eines Fußgängerüberweges
3. Bau einer Querungshilfe

Zu 1.

Für den Bau einer Lichtsignalanlage entstünden Kosten in Höhe von ca. 20.000,00 €. Aufgrund der vorhandenen Verkehrsbelastung sowie einer angenommenen Fußgängerquerungszahl von ca. 60 Fußgängern/Stunde sei der Einsatz einer Lichtsignalanlage für Fußgänger nicht geboten. Hier fehle eine entsprechende Auslastung.

Zu 2.

Für die Errichtung eines Fußgängerüberweges entstünden Kosten in Höhe von ca. 8.000,00 € bis 10.000,00 €. Der Einrichtung von Fußgängerüberwegen stehe die Verwaltung grundsätzlich kritisch gegenüber, da diese auch bei regelkonformer Ausstattung dem Fußgänger eine scheinbare Sicherheit vermitteln, die nach Unfalldatenlage nicht gegeben sei. Daher werde von der Fachwelt der Einsatz beispielsweise von Mittelinseln favorisiert. Hinzu komme, dass die Unfalldaten der Unfallhäufungsstelle Parkstraße/Winkhauser Straße im letzten Jahr zwar lediglich einen Unfall mit einer leichtverletzten Person aufweise, es sich hierbei jedoch um einen Fußgänger handle, der auf dem vorhandenen Fußgängerüberweg angefahren worden sei. In diesem Umfeld einen weiteren Fußgängerüberweg anzuordnen, sei daher (wenn überhaupt) erst nach weiterer Beobachtung dieser Unfallentwicklung möglich.

Zu 3.

Der Bau einer Querungshilfe verursache Kosten in Höhe von ca. 2.500,00 €. Die Anlage einer Querungshilfe (Fahrbahnteiler) könne auch bei minimaler Abmessung nicht im Bereich der Parkstraße realisiert werden. Selbst im ausgeweiteten Fahrbahnbereich nach dem Abbiegevorgang Richtung Innenstadt könne kein Fahrbahnteiler angeordnet werden, da sonst kein Schwerlastverkehr mehr von der Winkhauser Straße in die Parkstraße abbiegen könne. Verkehrslenkende Maßnahmen, die diese Einschränkung ausgleichen könnten, scheiterten am Fehlen alternativer Wegeführung für den Schwerlastverkehr.

Die Verwaltung schlage daher vor, eine Sperrfläche inklusive Leitplatte im Kreuzungsbereich, welche die Geschwindigkeit abbiegender Fahrzeuge in Fahrtrichtung Innenstadt reduziere und den Kreuzungsbereich klarer gestalte, zu errichten. Darüber hinaus solle eine Reduzierung der zulässigen Geschwindigkeit im Bereich der Kreuzung für die bevorrechtigten Verkehrsteilnehmer auf max. 30 km/h angeordnet werden. Die für diese Maßnahmen entstehenden Kosten würden sich insgesamt auf ca. 800,00 € - 900,00 € belaufen.

Die Ausschussmitglieder stimmen der Umsetzung des Verwaltungsvorschlags einstimmig zu.

8.1.3. Busumfahrt und provisorische Stellplatzanlage an der Bahnhofsallee

Herr Hayer stellt anhand einer Präsentation die Planunterlagen zur Busumfahrt inklusive der zu versetzenden Baumstandorte sowie die Planung zur provisorischen Stellplatzanlage an der Bahnhofsallee vor. Weiter erläutert er das Grundkonzept der Stellplatzanlage und deren Flächenaufteilung in Fahrgasse (Asphalt), Stellplatzfläche (wassergebundene Decke) und Grünfläche mit pflegeleichtem Gewächs (möglichst analog zur Begrünung auf der Platzfläche).

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Holzrichter ergänzt Herr Hayer, dass ca. 1 – 2 Behindertenstellplätze vorgesehen seien. Diese würden so angelegt, dass ein direkter Zugang zum Aufzug an der Brücke bestehe.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Ausführungen.

8.1.4. Tempo-30-Zone "Luisenthal/Lohmühlenstraße"

Herr Hayer führt aus, dass durch verschiedene Hinweise aus der Bürgerschaft und den dort vorliegenden baulichen Gegebenheiten die Möglichkeit der Errichtung einer Tempo-30-Zone im Bereich Luisenthal – Lohmühlenstraße gegeben sei. Diese erfolge zeitnah.

Vorsitzender Holzrichter ergänzt, dass aufgrund einer Anfrage der Westschule in den Wintermonaten 2013 in diesem Bereich verdeckte Messungen erfolgt seien. Diese hätten gezeigt, dass eine Entfernung der Sperrpfosten in den Wintermonaten keine Gefährdung hervorrufe, so dass hier keine Änderung notwendig sei.

8.1.5. Öffentlichkeitsbeteiligung "Ausbau der Karolinenstraße" am 26.03.2014 um 18:00 Uhr im Ratssaal

Herr Hayer gibt bekannt, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung zum „Ausbau der Karolinenstraße“ am 26.03.2014 um 18.00 Uhr im Ratssaal stattfindet und lädt die Anwesenden ein, daran teilzunehmen.

8.1.6. Sachstand Brücke/Freiraumplanung; hier: Planungsänderung im Bereich der Gustav-Adolf-Straße

Herr Badziura führt aus, dass durch eine geplante Gastronomie im Bereich des Entwicklungs- und Gründercentrums (EGC) eine Planungsänderung erforderlich sei. Die derzeit mit einem Gefälle von ca. 3 % geplante Rampe in der Gustav-Adolf-Straße werde nun bis zum Ende der Außengastronomie gerade geführt. Um den Anschluss an die Friedhofstraße zu erhalten, sei es dann erforderlich, dort drei Stufen zu errichten.

Herr Bärwolf ergänzt, dass weiterhin eine behindertengerechte Verbindung von der Brücke zum Eingang der Phänomenta gegeben sei. Die Behindertenvertretung sei auch bei dieser Planänderung beteiligt worden und habe dieser zugestimmt.

Die Ausschussmitglieder stimmen der vorgeschlagenen Lösung zu.

8.2. Beantwortung von Anfragen

Entfällt

8.3. Anfragen

8.3.1. Geschwindigkeitsbeschränkung auf 50 km/h Bräuckenstraße stadtauswärts

Ratsherr Wilde führt aus, dass die Ausbaumaßnahme der Bräuckenstraße stadtauswärts zwischenzeitlich beendet sei. Er fragt an, ob die Geschwindigkeitsbeschränkung außerorts auf 50 km/h nun aufgehoben werde.

Nach aktuellem Sachstand sei die Mittelnaht der Fahrbahn noch nicht fertig gestellt, so dass die Geschwindigkeitsbeschränkung weiterhin aufrecht erhalten bleiben müsse.

Ratsherr Wilde bedankt sich für die Antwort.

8.3.2. Einrichtung eines einseitigen Parkverbotes in der Altenaer Straße hinter Schafsbrücke bis ca. Firma A.T.U.

Ratsfrau Manß berichtet, dass es auf der Altenaer Straße in Höhe der Hausnummer 120 wiederholt zu Verkehrsunfällen komme. Sie fragt an, ob hier hinter Schafsbrücke bis ca. Firma A.T.U. ein einseitiges Parkverbot eingerichtet werden könne.

Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

8.3.3. "Grüne Welle" im Bereich beider Fahrtrichtungen der Heedfelder Straße

Ratsherr Dudas führt aus, dass die sog. Grüne Welle im Bereich beider Fahrtrichtungen der Heedfelder Straße nicht funktioniere. Er fragt an, ob das bereits bekannt sei.

Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

8.3.4. "Grüne Welle" im Bereich beider Fahrtrichtungen der Altenaer Straße

Ratsherr Dudas teilt mit, dass die „Grüne Welle“ im Bereich der Altenaer Straße ebenfalls nicht funktioniere.

Die Verwaltung sagt auch hier eine entsprechende Prüfung zu.

8.3.5. Grüner Pfeil im Bereich Bräuckenstraße Abzweig Nottebohmstraße

Ratsherr Biernadzki teilt mit, dass im Bereich des Nahversorgungszentrums in der Bräuckenstraße stadtauswärts der grüne Pfeil als Abfluss in die Nottebohmstraße verhüllt sei. Er fragt an, ob das bekannt sei.

Herr Hayer führt aus, dass die Wegnahme des grünen Pfeils hier nicht Bestandteil der Anpassung der Signalanlage für das Nahversorgungszentrum war. Vielmehr scheint es hier seitens der Planer und der Wartungsfirma ein Koordinierungsproblem der neuen Lichtsignalanlage mit den Nachbaranlagen zu geben. Eine Lösung des Problems soll zeitnah herbeigeführt werden. Eine dauerhafte Wegnahme des grünen Pfeils sei dort keinesfalls vorgesehen.

Ratsherr Biernadzki bedankt sich für die Antwort.

8.3.6. Rückstau in die Nottebohmstraße im Bereich des Nahversorgungszentrums Bräuckenstraße

Ratsherr Ferber führt aus, dass es regelmäßig zu größeren Rückstaus in die Nottebohmstraße komme. Seines Erachtens verursache der Geradeausverkehr auf den Parkplatz des Nahversorgungszentrums Bräuckenstraße diesen Rückstau, da Parkplatzsuchende auf dem Parkplatz den Verkehrsfluss zum Erliegen bringen. Auch seien immer wieder Rechtsabbieger in diesem Bereich falsch eingeordnet. Dieses führe dazu, dass oftmals während der Grünphase nur maximal 2 – 3 Fahrzeuge von der Nottebohmstraße in die Bräuckenstraße stadteinwärts fahren können. Er fragt an, ob hier Abhilfe geschaffen werden könne.

Herr Hayer führt aus, dass derartige Rückstaus zu Stoßzeiten unumgänglich seien. Es sei jedoch sichergestellt, dass binnen weniger Umläufe diese Stauungen wieder behoben seien.

Die Verkehrssituation werde durch den Landesbetrieb sowie die Verwaltung beobachtet.

8.3.7. Geänderte Verkehrsführung durch Fahrbahnspernung im Rathaustunnel

Ratsherr Bodenheimer führt aus, dass ihm bereits mehrfach aufgefallen sei, dass sich einige Verkehrsteilnehmer nicht an die ausgeschilderte Verkehrsführung von der Gasstraße in Richtung Eselsrücken und Altenaer Straße hielten. Um von der Gasstraße in den Rathaustunnel zu gelangen, führen einige Autofahrer zunächst vorschriftsmäßig rechts in die Altenaer Straße, bögen dann jedoch über die zweifach durchgezogene Linie auf der Altenaer Straße noch vor der Abbiegung zur Schmalspurstraße links in Richtung Rathaustunnel ab.

Ratsherr Wilde ergänzt, dass es ebenfalls die Variante des zunächst vorschriftsmäßigen Abbiegens links Richtung Eselsrücken gebe, dann sofort rechts abgebogen werde, um an der roten Ampel mit Zufahrt zum Rathaustunnel zu warten.

Ratsherr Dudas fragt an, ob eine Sperrung der Zufahrt zum Rathaustunnel über die Bahnhofstraße und gleichzeitige Freigabe der alten Verkehrsführung aus der Gasstraße hier für Entspannung sorgen könne.

Herr Hayer antwortet, dass die Zufahrten zum Rathaustunnel vom Eselsrücken und aus der Gasstraße gleichzeitig über die Lichtsignalanlagen fahrberechtigt seien. Da während der Sanierungsphase des Rathaustunnels immer eine Tunnelfahrspur gesperrt sei, muss aus Gründen der Verkehrssicherheit der hierzu notwendige Spureinzug immer vor dem Tunnelportal erfolgen. Eine zeitgleiche Freigabe für Fahrzeuge aus der Gasstraße und vom Eselsrücken war aufgrund der sehr schlechten Einfädelungsmöglichkeit nicht anzuordnen. Eine Sperrung der Zufahrt zum Rathaustunnel über die Bahnhofstraße und den Eselsrücken sei nicht umsetzbar, da diese Wegeverbindung für die Busse der MVG die Hauptverbindung zwischen Bahnhof Lüdenscheid und Sauerfeld darstelle. Eine verträgliche Umleitung der Busse sei nicht möglich.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die ausführliche Erläuterung.

gez. Jens Holzrichter

Vorsitzender

gez. Stoltefaut

Schriftführerin